

## Die Revolution des Ron Paul

Von Thorsten Polleit\*)



Darf der amerikanische Bürger wissen, wem und zu welchen Bedingungen die amerikanische Zentralbank (Fed) Geld in Milliardenhöhe zahlt? Ben Bernanke, der Vorsitzende der Fed, ist der Meinung: nein. Dies würde sich negativ auf das Finanzsystem, den Dollar und die Wirtschaft auswirken, entgegnete er auf eine Gesetzesinitiative, durch die die Fed künftig einer Bilanzprüfung unterzogen werden soll. Die Initiative ("Audit the Fed") hat der Kongressabgeordnete Ron Paul eingebracht, der mit seiner Bewerbung um die Präsidentschaftskandidatur der Republikaner im vergangenen Jahr eine veritable Bewegung ausgelöst hat: die "Ron-Paul-Revolution". Seiner "Campaign for Liberty" ist es nun gelungen, eine Mehrheit im Repräsentantenhaus für sein Vorhaben zu gewinnen; jetzt wird um jede Stimme im Senat gekämpft, der ebenfalls zustimmen muss, um der Initiative zum Erfolg zu verhelfen.

Sollte Paul Erfolg haben, könnte das weitreichende Folgen für das Geldwesen haben - vermutlich nicht nur in Amerika, sondern auf der ganzen Welt. Die Fed würde unter parlamentarische Aufsicht gestellt, der sie - wie im Grunde alle Zentralbanken auch - in den wirklich wichtigen Fragen derzeit entzogen ist. Doch letztlich geht es Paul darum, die gängige Praxis, die Geldmenge durch Kreditvergabe immer weiter zu inflationieren, zu beenden. Er verlangt nichts Geringeres als eine Rückkehr zu gedecktem Geld, also das Abschaffen der monetären Planwirtschaft der Zentralbank, die er für die Wirtschafts- und Inflationskrise verantwortlich macht. Da aber der auf Kredit lebende Umverteilungsstaat ohne das inflationäre Papiergeld in seinen bisherigen Auswüchsen nicht mehr finanzierbar wäre, sind Interesse und Sympathie der Regierenden für Ron Pauls Vorstoß recht gering. Doch in einer Demokratie hat auch das Volk noch ein Wörtchen mitzureden, und angesichts der immer gigantischer werdenden Summen, mit denen die Fed jongliert, stellt es zunehmend kritischere Fragen.

Wie weit die "Audit the Fed"-Initiative tragen wird, ist offen. Sie könnte im Sand verlaufen, wenn die Maßnahmen der Zentralbanken weltweit - also das bisherige Verdoppeln der Zentralbankgeldmengen - Wirkung zeigen und das Krisenempfinden und das Interesse an der Krisenvermeidungsdiskussion einschläfern.

Doch Ron Paul und seine Anhänger, die sich auf die Konjunkturtheorie der Österreichischen Schule der Ökonomik stützen, glauben nicht, dass durch ein noch stärkeres Aufblähen der Kreditgeldmengen ein nachhaltiger Konjunkturaufschwung zustande kommen kann, sondern dass das allenfalls das notwendige Bereinigungsgewitter in die Zukunft verschiebt, gewissermaßen also die Saat für die nächste, vermutlich noch schlimmere Krise legt. Sollte sich ihre Einschätzung als richtig erweisen, werden vielleicht schon bald die Senatoren die Fed nicht mehr vor der Bilanzprüfung schützen können - und die Ron-Paul-Revolution würde weiter an Fahrt aufnehmen.

\*) Der Beitrag wurde am 20. Juli 2009 in der F.A.Z., S. 16, veröffentlicht.